



Grün statt grau: Auf öffentlichen Plätzen wie dem Parkplatz am Friedhof in Montabaur darf Unkraut nicht mehr mit Glyphosat bekämpft werden. Das gilt für ganz Rheinland-Pfalz. Umstritten ist, welche Auswirkungen der Stoff auf den Menschen hat. Umweltschützer und eine WHO-Agentur halten ihn für wahrscheinlich krebserregend, eine EU-Agentur sorgt nun mit einem gegenteiligen Urteil für Wirbel.

Foto: Thorsten Ferdinand

## Lauert die Krebsgefahr im Unkrautkiller?

Landwirtschaft EU-Experten wollen Glyphosat über Juni 2016 hinaus zulassen – Studien kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen

Von Detlef Drewes, Miriam Schmidt und Martina Herzog

■ **Brüssel.** Umweltschützer laufen schon seit Langem Sturm gegen den umstrittenen Unkrautvernichter Glyphosat, auch die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsbehörde WHO hält ihn für wahrscheinlich krebserregend. Eine EU-Behörde behauptet in ihrem neuen Gutachten das Gegenteil – mit weitreichenden Folgen. Wir beantworten die wichtigsten Fragen.

### Was ist Glyphosat, und wo wird es eingesetzt?

Glyphosat ist ein Unkrautvernichter und weltweit einer der am meisten eingesetzten Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln. Auch in Deutschland wird er oft in der Landwirtschaft und im Gartenbau vor der Aussaat zur Unkrautbekämpfung verwendet. 40 Prozent der Ackerflächen werden damit besprüht. Laut einer Schätzung des Deutschen Bauernverbandes werden 400 Gramm Glyphosat pro Jahr und Hektar auf die Felder gebracht. In Ländern wie Argentinien dürften es laut Verband mehrere Kilogramm pro Jahr und Hektar sein. Unter der Bezeichnung „Roundup“ gibt es Glyphosat im Gartencenter oder Baumarkt.

### Wie bewertet die Efsa, die EU-Agentur für Lebensmittelsicherheit, den Stoff?

Laut Efsa ist es „unwahrscheinlich, dass Glyphosat eine krebserregende Gefahr für den Menschen darstellt“. Die Behörde schlägt vor, einen neuen Grenzwert für die akute Aufnahmemenge von Glyphosat, etwa während einer einzigen Mahlzeit, einzuführen und die Höchstgrenze bei 0,5 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht festzulegen. Der bisherige Grenzwert für die regelmäßige tägliche Aufnahme soll hingegen von 0,3 auf 0,5 Milligramm erhöht werden.

### Was wird an der Bewertung der Efsa kritisiert?

Sowohl das Ergebnis der Bewertung als auch das Vorgehen der Behörde werden scharf kritisiert. So bemängeln die Umweltschutzorganisationen Friends of the Earth und Greenpeace Intransparenz und fehlende wissenschaftliche Unabhängigkeit. „Es ist ein schwerer Fehler der Efsa, sich auf die mangelhafte und industriennahe Vorarbeit des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zu stützen“, kritisierten Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter und Pestizidexperte Harald Ebner. Der

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nennt das Efsa-Ergebnis „verwerflich“ und sieht die Empfehlung als einen „Beleg für die unglaubliche Ignoranz der Behörde gegenüber den Gesundheitsrisiken des Wirkstoffes“.

### Welche anderen Bewertungen gibt es, was sagen die Kritiker?

Die Krebsforschungsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation WHO hat Glyphosat im Juli als wahrscheinlich krebserregend eingestuft, das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung hält es hingegen für unbedenklich. Umwelt-

und Verbraucherschutzorganisationen warnen seit Langem vor einer Neuzulassung des Mittels. Sie wollen verhindern, dass Glyphosat weiterhin in Europa zum Einsatz kommt. Rückstände des Herbizids finden sich mittlerweile nicht nur im Getreide, sondern auch in Muttermilch- und Urinproben. Aus Sicht der WHO ist das höchst beunruhigend. Landwirte, die mit Glyphosat arbeiteten, wiesen in einer Studie ein erhöhtes Risiko für Lymphknotenkrebs auf. Auch der Europa-Abgeordnete Martin Häusling (Grüne) bestätigt Merkwürdigkeiten. Zwar dürften die Bauern das Mittel in Getreide spritzen, das glyphosathaltige Stroh müsse aber danach wie Sondermüll behandelt werden: „Das Stroh, das übrig bleibt, dürfen die Bauern nicht verwenden – wohl aber das Getreide, das sie sofort anschließend zur Mühle fahren können.“

### Wie kommt es zu den unterschiedlichen Einschätzungen?

Die Efsa ist nach eigenen Angaben zu einer anderen Einschätzung als die IARC gekommen, weil sie mehrere Studien bewertet hat, die von der WHO-Agentur nicht mit einbezogen worden waren. Zudem gibt es unterschiedliche Bewertungen von Studien und unter-

schiedliche Ansätze: Während die Efsa nur die Wirkung von Glyphosat bewertet hat, beurteilte die IARC auch Mittel, in denen Glyphosat enthalten ist. Außerdem bewertet die IARC, wie stark die Beweise dafür sind, dass etwas zum Beispiel Krebs auslösen könnte – das ist nicht das Gleiche wie das Risiko, durch das Mittel an Krebs zu erkranken. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) wiederum stütze sich auf Studien, die von der Glyphosate Task Force (GTF) vorausgewählt wurden. Die GTF ist ein Zusammenschluss von Agrarchemiefirmen wie Monsanto Europe, Syngenta und Dow.

### Wie geht es jetzt weiter?

Die aktuelle Zulassung für Glyphosat gilt noch bis Ende Juni 2016. Bis dahin muss die Entscheidung über eine mögliche Neuzulassung fallen. Dazu macht die EU-Kommission einen Vorschlag – dieser braucht dann die nötige Mehrheit in einer Gruppe nationaler Experten der EU-Staaten. Bei all dem geht es übrigens nur um die Substanz Glyphosat. Es ist dann an den EU-Staaten zu entscheiden, ob die Pflanzenschutzmittel, die Glyphosat enthalten, sicher sind und auf ihrem Gebiet in den Verkehr gebracht werden dürfen.



Ist das wirklich so harmlos wie es aussieht? Ein Landwirt spritzt Pflanzenschutzmittel auf ein Feld mit Wintertraps.

Foto: dpa

### Der Unkrautvernichter

Glyphosat ist einer der weltweit am meisten eingesetzten Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln. In der Landwirtschaft und im Gartenbau wird es vor der Aussaat zur Unkrautbekämpfung verwendet. Getreide darf in Deutschland unter bestimmten Umständen auch vor der Ernte damit behandelt werden. Bundesweit wurden laut Umweltbundesamt im Jahr 2012 knapp 6000 Tonnen reine Wirkstoffmenge aufgebracht. Dabei werden Glyphosat oft noch Beistoffe beigemischt. Sie sollen das Eindringen in die Pflanze erleichtern.

### So bekämpfen Kommunen im Land das Unkraut

■ **Rheinland-Pfalz.** Der rheinland-pfälzische Pflanzenschutzdienst erteilt seit Juli keine Genehmigungen mehr für die Anwendung von Glyphosat auf öffentlichen Flächen. Das hatte Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) angewiesen, weil sich die Hinweise auf eine gesundheitsschädigende Wirkung des Mittels beim Menschen verdichteten. Die Ministerin will bei dem endgültigen Aus für das Mittel im Land bleiben, obwohl die EU-Agentur für Lebensmittelsicherheit (Efsa) zu dem Ergebnis kommt, dass Glyphosat wahrscheinlich nicht krebserregend ist. „Wir werden die Bewertung der Efsa zu nächst sorgsam prüfen“, heißt es in Mainz. Das Umweltministerium stützt sich dabei vor allem auf die Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation WHO, die das Mittel als wahrscheinlich krebserregend einstufte. Höfken hält außerdem an der Entscheidung fest, „schon allein wegen der erheblichen negativen Auswirkungen des Breitbandunkrautvernichtungsmittels auf die Umwelt und die Artenvielfalt.“ Einige Kommunen

stellt das aber vor Probleme: Wie werden sie dem Unkraut auf Gehwegen und öffentlichen Plätzen Herr? Denn bei aller Kritik: Glyphosat ist wirksam und effizient. „Es gibt Alternativen, zum Beispiel Finalsan. Dieses Mittel wirkt wie Essig. Aber es entfaltet nicht die tiefe Wurzelwirkung. Glyphosat eins zu eins zu ersetzen, ist schwierig“, sagt Eva Morgenstern von der Gartenakademie Rheinland-Pfalz. Ihrer Ansicht nach liegt das größte Problem nicht in der Anwendung des Mittels durch die Kommunen, sondern in der oft falschen Anwendung durch Privatpersonen, die das Mittel weiterhin kaufen und benutzen dürfen. „Wenn das Mittel für die Garagenauffahrt verwendet wird, saugt der Beton das Mittel auf, hält es gewissermaßen fest, und beim nächsten Regen wird es in den Gully gespült und gelangt dadurch in das Oberflächenwasser“, erklärt Beraterin Morgenstern. Kommunen hingegen wurde in den vergangenen Jahren oft die Auflage erteilt, das Mittel im Streichverfahren mithilfe einer Maschine aufzutra-

gen. „Dadurch gelangt das Mittel nur auf die Pflanzen, die es dann aufnehmen. So kommt es nicht auf das Pflaster“, sagt Morgenstern. Mittlerweile haben etliche Städte und Gemeinden alternative Wege gefunden, das Unkraut zu bekämpfen. Einige Beispiele:

#### Kreis Ahrweiler

Städte und Gemeinden aus dem Kreis Ahrweiler sehen das Verbot aus Mainz gelassen: In Sinzig, Bad Breisig und Bad Neuenahr-Ahrweiler wird das Herbizid seit Jahren nicht mehr angewendet. Gärtneremeister aus Ahrweiler empfehlen auch Privatpersonen eher den Einsatz von Gasbrennern und Rillenkratzern.

#### Rhein-Lahn-Kreis

Anders ist die Stimmung im Rhein-Lahn-Kreis.

Von „Riesenproblemen“ spricht man in Katzenelnbogen. Nach der Einführung des Verbots von Glyphosat klagte der Stadtbürgermeister über massive Mehrarbeit, die den Bauhofmitarbeitern entsteht. Auch hier kommen Gasbrenner und Freischneider zum Einsatz. Ähnlich ist die Lage in der Verbandsgemeinde Loreley. Für größere Flächen setzt man nun in der VG einen rotierenden Drahtbürstenaufsatz ein, der Blätter und Stängel der Pflanzen abrupft. Im Kreis beschäftigen sich die Bauhofleiter aber auch mit neu entwickelten Geräten – etwa Kommunalfahrzeugen, die dem Unkraut mit Heißwasser zu Leibe rücken.

#### Cochem-Zell

Die Verbandsgemeinde Ulmen im Kreis Cochem-Zell setzt auf Streusalz als Alternati-

ve zum Glyphosat. Außerdem kommt auch hier die Wildkrautschere zum Einsatz. Die Stadt Cochem verwendet statt Glyphosat eine Substanz auf Wasserstoffbasis. „Die ist zwar wahnsinnig teuer, ungefähr ein Drittel teurer als Glyphosat, aber extrem effektiv, weil hochkonzentriert“, sagt der Cochemer Bauhofleiter Uwe Schaaf.

#### Kreis Neuwied

In Neuwied wurde Glyphosat hauptsächlich auf Friedhöfen angewendet. Laut Thomas Riehl von den Servicebetrieben Neuwied werden nun einige Wege grün, die bislang geschottert waren. Mechanisch wird das Unkraut nur punktuell entfernt, etwa dort, wo Beisetzungen stattfinden. In den Verbandsgemeinden Asbach, Rengsdorf und Puderbach wurde auch vor dem endgültigen Verbot in Rheinland-Pfalz kaum zu Glyphosat gegriffen. Die drei Verbandsgemeinden setzen vor allem auf den Gasbrenner, um das Unkraut zu vernichten.

#### Westerwaldkreis

Montabaur setzt keine chemischen Unkrautvernichtungsmittel auf Straßen, Wegen und Plätzen ein, die gepflastert oder asphaltiert sind. Laut Markus Kuch von der Grünflächenverwaltung der VG Montabaur ist der Pflegeaufwand dadurch deutlich gestiegen. „Bei dem mechanischen Verfahren müsste jede Fläche mindestens monatlich oder noch öfter bearbeitet werden, was der Bauhof nicht immer und überall gewährleisten kann“, sagt Kuch. Auch in Höhr-Grenzhausen setzt man auf Handarbeit, um das Unkraut zu entfernen. Die Stadt prüft aber bereits, ob die Anschaffung eines Geräts infrage kommt, das die Pflanzen mit Heißluft bekämpft.

Stefan Hantzschmann

⊕ Bürger, die sich über den richtigen Einsatz von Glyphosat informieren wollen oder nach Alternativen suchen, können beim Gartentelefon der Gartenakademie Rheinland-Pfalz anrufen: 0180/053 202